

## Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Änderungsantrag zur BV/0704/2018** (hier auch zu den Änderungsvorschlägen der SPD)

Die Punkte 1 und 2 aus dem Änderungsvorschlag der SPD werden übernommen.

**Punkt 3 der BV/0704/2018 bzw. aus dem Änderungsantrag der SPD wird ersetzt durch:**

Der Bürgermeister legt der Stadtverordnetenversammlung einen umfassenden mit der KAG und dem Bund (WSA bzw. GDWS) abgestimmten Sachstandsbericht zu Verhandlungsinhalten und Ergebnissen bei der möglichen Übernahme der Schleusen bis September 2018 zur Entscheidung vor.

In diesem Bericht soll ausführlich dargestellt werden:

1. Eine Gegenüberstellung aller bisher vorgeschlagenen Optionen zur künftigen Entwicklung des Finowkanals
  - Übernahme des gesamten Kanals
  - Übernahme der Schleusen
  - keine Übernahme)

Es sollen Chancen und Risiken auch unter Einbeziehung der möglichen Wechselwirkungen zu den Entwicklungsstrategien der WIN AG für die Region einschließlich einer finanziellen Betrachtung aller Möglichkeiten dargestellt werden.

2. Ergebnisse und erkennbare Probleme bei den Verhandlungen zur Schleusenübernahme
3. Vorschläge zum weiteren Verfahren unter Berücksichtigung der unter Punkt 1 gewonnen Erkenntnisse bzw. einer Neuausrichtung des Verhandlungsinhaltes
  - Maßnahmenkatalog einschließlich Terminsetzungen
  - Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung

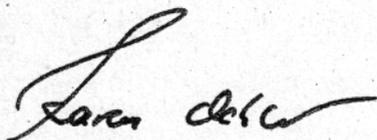
### Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich mit den Punkten 1. und 2. der Erklärung unmissverständlich zum Finowkanal. Darüber hinaus ist es wichtig, einen Vorschlag zu neuen Verhandlungs- bzw. Gesprächsinhalten zu unterbreiten.

Eine fundierte Entscheidung zur möglichen Schleusenübernahme oder zu einer anderen Verhandlungsstrategie ist in der Stadtverordnetenversammlung nur möglich, wenn alle Stadtverordneten über ausreichende Kenntnisse verfügen, die es ihnen

Eine fundierte Entscheidung zur möglichen Schleusenübernahme oder zu einer anderen Verhandlungsstrategie ist in der Stadtverordnetenversammlung nur möglich, wenn alle Stadtverordnete über ausreichende Kenntnisse verfügen, die es ihnen ermöglichen, objektiv „Für“ und „Wider“ abzuwägen. Deshalb ist es zwingend notwendig, einen ausführlichen Sachstandsbericht vorzulegen.

Um den gesamten Prozess künftig besser in den politischen Gremien zu verankern, sind eine regelmäßige Berichterstattung in der STVV und ein mit Terminstellungen unterlegter Maßnahmenkatalog außerordentlich wichtig.



Karen Oehler

Fraktionsvorsitzende